

## Antrag

**der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Annalena Baerbock, Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Kai Gehring, Uwe Kekeritz, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Doris Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### Historische Verantwortung Deutschlands für die Ukraine

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Aufgrund des Euromaidan, der Annexion der Krim durch Russland und des Krieges in ihrem Osten ist die Ukraine seit etwas mehr als drei Jahren in das Blickfeld der westeuropäischen und auch der deutschen Öffentlichkeit gelangt. Durch das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union ist die Ukraine näher an die EU und Deutschland gerückt. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine sind enger als jemals zuvor.

Diese Hinwendung nach Europa kostete jedoch viele Menschenleben. Auf dem Kyjiwer Maidan ließen Dutzende Menschen für die Annäherung an die Europäische Union und ihre Wertegemeinschaft ihr Leben. Die positiven Zeichen in der politischen Entwicklung in der Ukraine seit dem Sturz Viktor Janukowitschs werden getragen von einer erstarkenden und vielfältigen Zivilgesellschaft, deren Mut und Engagement Vorbild für ganz Europa sein können.

Der Bundestag begrüßt das wachsende Bewusstsein in Deutschland für die Ukraine als eines souveränen demokratischen Staates, der zu Europa gehört und zur europäischen Wertegemeinschaft gehören will. Deutschland kommt in der Unterstützung der jungen ukrainischen Demokratiebewegung nicht zuletzt aufgrund seiner historischen Verantwortung eine Schlüsselrolle zu.

Kaum ein europäisches Land hatte im 20. Jahrhundert solch eine leidvolle und tragische Geschichte wie die Ukraine. Das Territorium der heutigen Ukraine war ein zentraler Schauplatz des russischen Bürgerkriegs, dann des von Stalin herbeigeführten Terrors und millionenfachen Hungertods, dem sogenannten „Holodomor“, und ab 1941 ein Schlachtfeld des Zweiten Weltkriegs. In der Zeit zwischen der Oktoberrevolution 1917 und der Niederschlagung der westukrainischen Partisanenbewegung in den 1950er Jahren kosteten Terror und Krieg zwischen 15 und 20 Millionen ukrainische Bürgerinnen und Bürger das Leben. Das Trauma, Schauplatz größter Menschheitsverbrechen von Hitler und Stalin gewesen zu sein, definiert das kollektive historische Be-

wusstsein der Ukraine bis heute wesentlich. Daher ist es wichtig, die komplexe Geschichte des Landes, das über weite Strecken des letzten Jahrhunderts Spielball zweier totalitärer Systeme war, zu kennen.

Die Ukraine war neben Polen, dem Baltikum und Moldova auch Opfer des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939, der den Beginn des Zweiten Weltkriegs markiert. Die Sowjetunion besetzte parallel zur Wehrmacht u. a. Teile Polens, darunter Ostgalizien, den westlichsten Teil der heutigen Ukraine.

Der verbrecherische Krieg des nationalsozialistischen Deutschlands gegen die Sowjetunion unterschied sich von den anderen Kriegen der europäischen Moderne und auch vom Krieg gegen die westeuropäischen Länder und die westlichen Alliierten in seinen Zielen und seiner äußersten Brutalität. Er wurde nicht nur gegen die Soldaten der Roten Armee, sondern auch explizit gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete geführt. Polen, die Sowjetunion und mit ihr die Ukraine sollten als Staaten vernichtet, ihre Gesellschaften ausgelöscht, ihre Bevölkerungen versklavt oder ermordet werden. Dazu gehörte auch die systematische Vernichtung des Judentums als fester Bestandteil der Kriegsplanungen.

Der Völkermord an den sowjetischen Juden begann mit dem Einmarsch der Wehrmacht in die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Noch im selben Monat begannen Einsatzgruppen der SS jüdische Männer zu erschießen. Ab Juli wurden auch Frauen und Kinder erschossen und ab August ganze jüdische Gemeinden ausgelöscht. Schon bis zur „Wannseekonferenz“ im Januar 1942 wurden fast eine Million polnische und sowjetische Juden ermordet, was der Zahl der später in Auschwitz getöteten Juden nahekommt. Als Ende 1942 das systematische Morden am westeuropäischen Judentum begann, war der Holocaust bereits zu einem beträchtlichen Maß vollzogen. Zwei Drittel der Juden, die während des Krieges umgebracht wurden, waren Ende 1942 bereits tot. Mit mehr als vier Millionen stammte der größte Teil der bis Kriegsende ermordeten Juden aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion und Polen, darunter mehr als eine Million aus der Ukraine.

Ein großer Teil der Massenerschießungen fand während der Besatzungszeit von 1941 bis 1944 auf dem Gebiet der heutigen Ukraine statt. So wurden kurz nach dem Einmarsch der Wehrmacht in die ukrainische Sowjetrepublik Ende August 1941 etwa 23.600 Juden nahe dem westukrainischen Kamenez-Podolsk ermordet. Das bis dahin größte Massaker markierte einen historischen Wendepunkt weg von der selektiven Mordpolitik hin zur systematischen und vollständigen Ermordung des osteuropäischen Judentums. Wenige Tage später kam es nach der Eroberung Kyjiws vor den Toren der Stadt in der Schlucht von Babyn Jar zur größten Massenerschießung der NS-Zeit: Innerhalb von nur 36 Stunden wurden hier 33.761 Juden ermordet. Kinder wurden auf die Leichenberge geworfen und lebendig begraben, um Munition zu sparen. Insgesamt wurden in Babyn Jar mehr als 100.000 Menschen erschossen. Neben 50.000 Juden waren auch sowjetische Kriegsgefangene, Kommunisten, Roma und Verfechter der ukrainischen Unabhängigkeit unter den Opfern. Die Mehrheit der Massengräber in der Ukraine ist heute jedoch in Vergessenheit geraten. Mit der systematischen historischen Aufarbeitung wird erst allmählich begonnen. Die erstmalige Teilnahme eines Bundespräsidenten am Jahrestag des Massakers von Babyn Jar als Zeichen deutsch-ukrainisch-jüdischer Versöhnung ist sehr begrüßenswert.

Beteiligt an den Massenmorden an Juden in der Ukraine waren neben SS-Einsatzgruppen, eigens gebildeten Polizeieinheiten und der Wehrmacht auch lokale Polizeikräfte und nationalistische Partisanen. Wie in nahezu allen besetzten Gebieten gab es auch in der Ukraine Kollaborateure. Zu diesen gehörte in den ersten Wochen der Besetzung die von Stepan Bandera geführte Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), eine militante nationalistische Organisation in Ostgalizien, die auf eine Befreiung von Stalins Sowjetunion und eine unabhängige Ukraine hoffte. Diese Hoffnung erwies sich schnell als trügerisch – die Nazis hatten keinerlei Interesse an einem ukrainischen

Staat. Die OUN wurde bekämpft, Bandera verhaftet und im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Reste der OUN beteiligten sich bis Kriegsende am Partisanenkampf gegen die Deutschen, nach Kriegsende gegen die wieder eingerückte Rote Armee. Banderas Ermordung durch den KGB im Exil 1959 stilisierte ihn bis heute zu einem Unabhängigkeitsmythos in der Ukraine. Zugleich diente er der sowjetischen und bis heute der russischen Propaganda als Verkörperung eines angeblichen ukrainischen „Faschismus“.

Der beispiellose Rassen- und Vernichtungskrieg im Osten Europas richtete sich nicht nur gegen Juden. In der NS-Rassenideologie galten Ukrainer, Weißrussen und Russen als „slawische Untermenschen“, die entweder zur Versklavung oder Vernichtung vorgesehen waren. Um mit einer „unerhörten Härte“ gegen die Sowjetunion vorgehen zu können, setzte Hitler das Kriegsvölkerrecht teilweise außer Kraft und hob den verbürgten Schutz von Zivilisten auf.

Die Ukraine spielte als „Kornkammer“ eine zentrale Rolle in den Expansionsplänen der Nationalsozialisten und war daher besonders von rücksichtsloser Ausplünderung und Ausbeutung betroffen. In der deutschen Strategie für den Vernichtungskrieg war der millionenfache Hungertod der slawischen Bevölkerung fest einkalkuliert, um hohe Lebensmittellieferungen herauspressen zu können und einen neuen „Lebensraum“ für die deutsche Bevölkerung zu schaffen. Die Ukraine war gemäß des „Generalplans Ost“ für eine deutsche Neubesiedelung vorgesehen. Die ukrainische Bevölkerung wurde gezielt ausgehungert, vertrieben und ermordet. Das erklärt, weshalb unter den 6,8 Millionen ukrainischen Kriegsopfern der Anteil der zivilen Bevölkerung mit 5,2 Millionen besonders hoch war.

Die ukrainische Sowjetrepublik war vollständig von den Deutschen besetzt. Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, verpflichtete 1941 mit einer Verordnung alle Bewohner der besetzten Ostgebiete dazu, Arbeiten für die Besatzer zu verrichten. Von den 2,8 Millionen sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern – die Mehrheit waren Frauen –, die nach Deutschland verschleppt wurden, stammten mehr als die Hälfte aus der Ukraine. Ganze Jahrgänge und Siedlungen wurden bei den Massendeportationen ins Deutsche Reich verschleppt, ihre Höfe und Dörfer häufig gewaltsam niedergebrannt.

Im Gegensatz zu den westlichen Zwangsarbeitern, die unter Justizaufsicht standen, waren die sog. „Ostarbeiter“ dem wesentlich härteren Straf- und Terrorsystem der Gestapo ausgeliefert. Unter ihrer Aufsicht musste unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit geleistet werden. Bei der Rückkehr in die Sowjetunion kamen viele der nach Deutschland deportierten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter als angebliche „Kollaborateure“ in den Gulag. Ihr Schicksal war in der Sowjetunion tabuisiert, sie wurden stigmatisiert und jahrzehntelang nicht als Opfer anerkannt. Bis 2007 hat Deutschland 856.402 sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter entschädigt, davon 465.672 aus der Ukraine.

Während die Kriegsgefangenen der Westalliierten mit einem Minimum an Menschenwürde behandelt wurden, wurde den sowjetischen Kriegsgefangenen die Behandlung nach der Genfer Konvention bewusst verwehrt. Tod und Vernichtung in den Lagern, die durchaus mit Konzentrationslagern vergleichbar waren, wurden vom NS-Regime billigend in Kauf genommen. Von den mehr als 5 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen – der Anteil der Ukrainer kann nicht beziffert werden – kamen etwa 3,3 Millionen während ihrer Gefangenschaft um.

## II. Der Deutsche Bundestag erklärt:

Die Ukraine war neben Weißrussland, Polen, dem Baltikum und Russland Hauptschauplatz des von den Nazis entfesselten Zweiten Weltkriegs und der mit ihm einher-

gehenden Massenmorde an der Zivilbevölkerung. In diesem Jahr jähren sich der Überfall auf die Sowjetunion und die deutschen Kriegsverbrechen in der Ukraine zum 75. Mal.

Deutschland bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung gegenüber der Ukraine. Dazu gehört nicht nur die Aufarbeitung der deutschen Verbrechen in der Ukraine und an den Menschen dort. Teil dieser Verantwortung ist auch die aktive Unterstützung der heutigen unabhängigen Ukraine und ihrer Gesellschaft bei ihren Bemühungen um Demokratie, Rechtsstaat und wirtschaftliche Entwicklung. Der ökonomischen, politischen und militärischen Destabilisierung der Ukraine mit dem Ziel, diesen Prozess zu bremsen oder gar zu verhindern, muss deshalb entschieden entgegengetreten werden.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich bilateral und im Rahmen der internationalen Institutionen weiter für eine aktive Unterstützung der Ukraine in diesem Sinne einzusetzen und mithilfe von Bildungsarbeit und Kulturprojekten in der Ukraine, Erinnerungsdialoge und ein verantwortungsvolles Gedenken und Erinnern an die Geschichte zu fördern.

Berlin, den 18. Oktober 2016

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**